

Stand: 07.12.2025 11:27:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/28913

"Forschungsturbo Kernfusion zünden"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/28913 vom 10.05.2023
2. Plenarprotokoll Nr. 145 vom 11.05.2023
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/29629 des WI vom 13.06.2023
4. Beschluss des Plenums 18/29710 vom 04.07.2023
5. Plenarprotokoll Nr. 149 vom 04.07.2023



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Forschungsturbo Kernfusion zünden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu aktuellen Erkenntnissen und Planungen im Bereich der Fusionsforschung zu berichten. Hierbei ist insbesondere auf folgende Punkte einzugehen:

- Wie wird die Fusionsforschung aktuell durch den Freistaat unterstützt und welche Technologien stehen dabei im Fokus?
- Welche bayerischen Akteure sind im Bereich der Fusionsforschung aktiv und wo erfolgt (voraussichtlich) die (erstmalige) praktische Umsetzung?
- Wie unterstützt die Staatsregierung bayerische Akteure bei der Beteiligung an internationalen und nationalen Vorhaben zur Erforschung und Nutzung von Fusionstechnologien?
- Welche regulatorischen Hürden bestehen auf EU-, Bundes- oder Landesebene bei der Erforschung von Fusionstechnologien und der praktischen Realisierung von Kraftwerken, die Fusionstechnologien zur Stromerzeugung nutzen? Welche Maßnahmen hat die Staatsregierung ergriffen bzw. plant sie zu ergreifen, um diese Hürden abzubauen?
- Welche weiteren bayerischen Maßnahmen sind im Bereich der Fusionstechnologien aktuell geplant?

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf EU- und Bundesebene dafür einzusetzen, dass sowohl die Grundlagenforschung als auch die anwendungsorientierte Forschung im Bereich der Fusionstechnologien stärker unterstützt werden und hiervon auch innovative Unternehmen profitieren können.

Begründung:

Im Bereich der Fusionsforschung geben in letzter Zeit einige große technologische Fortschritte Anlass zur Hoffnung, dass diese Technologie schneller zur Stromerzeugung nutzbar werden könnte als dies zuvor angenommen wurde. Während im Bereich der Magnetfusion mit dem Projekt ITER in Frankreich das größte öffentliche Projekt innerhalb der EU realisiert wird, werden Fortschritte im Bereich der alternativ erforschten laserinduzierten Trägheitsfusion hauptsächlich aus den USA gemeldet. Nachdem die Fusionstechnologie das Potenzial hat, eine mit nur geringer Strahlenbelastung einhergehende, grundlastfähige Stromquelle zu realisieren, deren Rohstoff Wasserstoff quasi

unbegrenzt zur Verfügung steht, soll die Staatsregierung zum aktuellen Stand der Fusionstechnologie aus bayerischer Sicht berichten.

Auf Grund des hohen Potenzials von Fusionstechnologien soll deren Erforschung und praktische Anwendung, die im gemeinsamen EU-weiten Interesse liegen und auch einen Beitrag zur ambitionierten deutschen Energiewende leisten könnten, entsprechend kraftvoll aus EU- und Bundesmitteln unterstützt werden.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. Es ist 18 Uhr. Wir können die Abstimmung noch durchführen. Ich rufe die namentliche Abstimmung auf. Sie haben drei Minuten Zeit. Ich bitte um Ihre Stimmabgabe.

(Uli Henkel (AfD): Herr Reiß, Sie haben die falsche Karte in der Hand! – Tanja

Schorer-Dremel (CSU): Jetzt haben wir aber gelacht!)

Ich gebe nun noch bekannt: Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/28910 mit 18/28914 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen. –

Wir warten jetzt noch das Ende der Abstimmungszeit ab. Ich gebe dann noch das Ergebnis der Abstimmung bekannt. Wir haben noch etwa eine Minute zur Stimmabgabe.

(Namentliche Abstimmung von 18:00 bis 18:03 Uhr)

Die Abstimmung ist hiermit beendet. Vielen Dank. –

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Hände weg von unseren Kindern! Kinder und Jugendliche vor Frühsexualisierung schützen" auf Drucksache 18/28909 bekannt: Mit Ja haben 11 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 110. Stimmverzettelungen: 2.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich schließe hiermit die Sitzung und wünsche noch einen schönen Abend.

(Schluss: 18:05 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring,
Rainer Ludwig u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**
Drs. 18/28913

Forschungsturbo Kernfusion zünden

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Rainer Ludwig**
Mitberichterstatter: **Gerd Mannes**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 78. Sitzung am 25. Mai 2023 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FDP: Zustimmung
Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 71. Sitzung am 13. Juni 2023 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: kein Votum
SPD: Ablehnung
FDP: Zustimmung
Zustimmung empfohlen..

Kerstin Schreyer
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 18/28913, 18/29629

Forschungsturbo Kernfusion zünden

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu aktuellen Erkenntnissen und Planungen im Bereich der Fusionsforschung zu berichten. Hierbei ist insbesondere auf folgende Punkte einzugehen:

- Wie wird die Fusionsforschung aktuell durch den Freistaat unterstützt und welche Technologien stehen dabei im Fokus?
- Welche bayerischen Akteure sind im Bereich der Fusionsforschung aktiv und wo erfolgt (voraussichtlich) die (erstmalige) praktische Umsetzung?
- Wie unterstützt die Staatsregierung bayerische Akteure bei der Beteiligung an internationalen und nationalen Vorhaben zur Erforschung und Nutzung von Fusionstechnologien?
- Welche regulatorischen Hürden bestehen auf EU-, Bundes- oder Landesebene bei der Erforschung von Fusionstechnologien und der praktischen Realisierung von Kraftwerken, die Fusionstechnologien zur Stromerzeugung nutzen? Welche Maßnahmen hat die Staatsregierung ergriffen bzw. plant sie zu ergreifen, um diese Hürden abzubauen?
- Welche weiteren bayerischen Maßnahmen sind im Bereich der Fusionstechnologien aktuell geplant?

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf EU- und Bundesebene dafür einzusetzen, dass sowohl die Grundlagenforschung als auch die anwendungsorientierte Forschung im Bereich der Fusionstechnologien stärker unterstützt werden und hiervon auch innovative Unternehmen profitieren können.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Martin Böhm

Abg. Jochen Kohler

Abg. Ursula Sowa

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Inge Aures

Abg. Sebastian Körber

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Wir kommen zum letzten Tagesordnungspunkt des heutigen Tages, **Tagesordnungspunkt 10:**

**Antrag der Abgeordneten Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Energieeffizienz von Flüchtlingsunterkünften durchsetzen (Drs. 18/28434)**

Ich eröffne die Aussprache. Redezeit der Fraktionen: 32 Minuten. Erster Redner ist Herr Abgeordneter Böhm für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der zu debattierende Antrag fußt auf meiner Anfrage. Die Antwort darauf war einer Demokratie, die an Abgeordnetenrechten interessiert ist, unwürdig. Im weiteren Schriftverkehr mit den Ministerien war der Hinweis auf die Allgemeine Geschäftsordnung für Behörden des Freistaats Bayern formal gewiss korrekt, im Effekt aber eine grobe Missachtung meines Fragerechtes als MdL.

Unser Freistaat muss sich jährlich gegen eine Migrationswelle stemmen, die Wohnraum in der Größenordnung von Amberg verschlingt, Wohnraum für 40.000 Sozialwanderer, Wohnraum, dessen energetischer Zustand nach den Regeln des Baugesetzbuches nahezu vollkommen belanglos ist. Aber den Bürgern, die hier den Laden am Laufen halten, wird aus Berlin die Graichen-Pumpe ins Heft diktiert. Brave Bürger sollen sich für ein grünes Ideologiegespinst verschulden, sie sollen den Urlaub eindampfen und womöglich an der Bildung ihrer Kinder sparen. Dem gilt es sich zu widersetzen.

Mittlerweile geht die Gesamtzahl der Migranten, die unter den Erleichterungen des § 246 BauGB untergebracht sind, allein in Bayern in die Hunderttausende. Die meisten dieser Erleichterungen sind auf Ende 2024 befristet. Dann sollen unzählige Unterkünfte über Nacht ganz plötzlich schärfsten Standards entsprechen? – Nein, dazu

wäre Bayern finanziell gar nicht in der Lage. Unser Handwerk hat zum Glück angenehmtere Aufträge.

Die in den Nebel führende Antwort der Staatsregierung ist Beleg für die aus deren Sicht wohl notwendige Verschleierung der perfiden Umstände. Was Sie mit Ihrer Politik betreiben, ist nichts anderes als aktive Inländerdiskriminierung.

(Beifall bei der AfD – Zurufe der Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) und Tim Pargent (GRÜNE))

Was als sogenannter Kulturrabatt durch die bayerische Justiz geistert, ist im Bauministerium das konsequente Negieren aller energetischen Standards beim Bewältigen des migrantischen Zustroms. Bester Beweis ist die massenhafte Aufstellung der als Energieschleudern verschrienen Stahlcontainer. Energieschleudern sind diese kulturfremden Containerdörfer nicht nur im Winter, sondern auch jetzt im Sommer, da sie klimatisiert werden müssen –

(Florian von Brunn (SPD): Der Einzige, der kulturfremd ist, sind Sie, Herr Böhm!)

klimatisiert mit Strom aus toxischem Fracking-Gas, das aus den Staaten zu uns genauso hergeschippert werden muss wie alte schmutzige Steinkohle aus Südamerika. Hauptsache, unsere saubere Kernkraft wurde eliminiert; danke an Markus Söder auch gerne dafür.

Einen Vorteil haben Wohncontainer aber doch: Wir können sie jederzeit aus unseren schönen bayerischen, schwäbischen und fränkischen Dörfern auch wieder abtransportieren, abbauen, um weit außerhalb auf der grünen Wiese damit Siedlungen zu errichten. Am besten aber, wir verladen all die Container gleich in Richtung Nordafrika, um dort in Algerien, Tunesien oder sonst wo Migrationszentren zu schaffen, Zentren, denen in vielen aufgeklärten europäischen Demokratien schon lange das Wort geredet wird.

(Florian von Brunn (SPD): Mit Aufklärung haben Sie nichts am Hut, genauso wenig wie mit Demokratie! – Tim Pargent (GRÜNE): Ich würde mich schämen!)

Die wenigen Hundert, die dann einen wirklichen Grund für Asyl haben, die kann unser Freistaat auch aufnehmen und in energetisch maßvoll ertüchtigten Wohnungen unterbringen.

(Beifall bei der AfD)

Frauen und Töchter unserer wirklichen Mehrheitsgesellschaft werden sich über ein solches Augenmaß freuen. Setzen Sie sich schon heute dafür ein, indem Sie unserem Antrag zustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Jochen Kohler für die CSU-Fraktion.

Jochen Kohler (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich muss der Freistaat seiner Aufnahmeverpflichtung nachkommen. Natürlich ist es der Staatsregierung ein großes Anliegen, die bei uns ankommenden Menschen schnell unterzubringen und dadurch Notlagen zu verhindern bzw. abzuwenden. Und natürlich geht es aufgrund des enormen Zuzugs von Asylbewerbern und Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine in erster Linie darum, schnell Unterkunftskapazitäten zu akquirieren.

Die Akquise von Unterkünften erfolgt, wie Sie wissen, durch die Regierungen und die Kreisverwaltungsbehörden im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten vor Ort und unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Weitergehende rechtliche Einschränkungen, wie Sie sie in Ihrem Antrag fordern, würden die aufgrund des angespannten Immobilienmarktes ohnehin schwierige Akquise von Unterkünften weiter erschweren und sind daher abzulehnen.

Unabhängig von der reinen Energieeffizienzklasse hat aber auch und gerade das persönliche Verhalten Auswirkungen auf den Energieverbrauch. Daher wurde ja auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, die staatliche Unterbringungsverwaltung gebeten, die in den Unterkünften lebenden Personen – a) – für die aktuelle Situation zu sensibilisieren und – b) – über die Möglichkeiten zu informieren, wie man durch das persönliche Verhalten Energie einsparen kann.

Wir lehnen diesen Antrag ab. – Danke schön.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Kohler. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ursula Sowa für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ursula Sowa (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begründe, warum wir diesen unsäglichen Antrag ablehnen, indem ich einen Satz aus der Begründung zitiere:

Das politisch in Bund und Ländern selbstverschuldete Erfordernis, immer mehr Menschen mit vorübergehendem und auch längerfristigem Wohnraum versorgen zu müssen,

– darin schließen Sie, wie in einem Satz zuvor zu lesen ist, die 152.000 Ukrainer ein, die vor dem Krieg geflüchtet sind –

befindet sich schon prinzipiell im Widerspruch zu den Klimazielen, da jeder zusätzliche Bewohner auch zusätzliche Energie verbraucht.

Allein dieser Satz, den ich hier mit Gruseln zitiert habe, führt uns dazu, zu urteilen: Das ist perfide, menschenverachtend, respektlos, würdelos, unchristlich. Wir lehnen das ab.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Sowa. –

Nächster Redner ist Herr Kollege Rainer Ludwig für die FREIEN WÄHLER.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich meiner Vorrednerin anschließen. Zu dem vorliegenden Antrag der AfD-Fraktion verweise ich auf die Behandlung im federführenden Fachausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr. Der mehrheitlichen Ablehnung dort gibt es aus unserer Sicht nichts hinzuzufügen. Die AfD verfolgt einmal mehr rein populistische Ziele. Nicht nur leugnet sie grundsätzlich die Klimakrise. Im vorliegenden Fall geht es nicht um die Energieeffizienz von Flüchtlingsunterkünften. Die Antragsformulierung ist – das zeigt sich deutlich – Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit und richtet sich gegen die Asyl- und Einwanderungspolitik in unserem Land.

Ich muss Ihnen schon sagen: Es ist wirklich unerträglich und widerlich, wie die AfD hier versucht, ein Thema zu korrumpern. Es ist ein erneuter Versuch, durch Stimmungsmache, verzerrte Fakten und Hetze Misstrauen zu säen und unsere Demokratie zu untergraben. Dieser Antrag ist aus unserer Sicht nur noch billig. Wir lehnen ihn entschieden ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Ludwig. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Inge Aures für die SPD-Fraktion.

Inge Aures (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die SPD-Fraktion lehnt diesen Antrag ab. Wir haben im zuständigen Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr darüber diskutiert. Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Aures. – Nächster Redner ist Herr Kollege Sebastian Körber für die FDP-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): Unabhängig von den ekelhaften Ausführungen, die Sie gerade gemacht haben, ist inhaltlich so viel Schmarrn drin, dass man darüber gar nicht weiter reden muss. Ablehnung! – Danke.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Körber. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen des Hauses sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich danke Ihnen für die konzentrierten Beratungen und wünsche Ihnen einen schönen Feierabend. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 20:33 Uhr)